

## **Bericht**

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 17.11.2022

---

1. Gegenstand der Vorlage:

Abschlussbericht zur Empfehlung der BVV, Ds-Nr. 0720/IX aus der 13. BVV vom 25.08.2022, Unterstützung von Menschen in Not

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Der Empfehlung der BVV wurde gefolgt.

Der Bezirk hat sich bereits mit Schreiben vom 21.02.2022 gegenüber der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eingesetzt, Stromsperren und Zwangsräumungen auszusetzen. In diesem Kontext wurde ebenfalls um Prüfung gebeten, ob die „Maßnahmen zur Verbesserung des Mieterschutzes und zur Vermeidung von Wohnungsverlusten“ wieder aufgenommen werden können. Das Antwortschreiben der Senatsverwaltung wird der BVV als Anlage zur Kenntnis gegeben. Dem Ersuchen, Informationen über Hilfs- und Beratungsangebote des Bezirksamtes und sozialer Träger zu intensivieren, wird ebenfalls gefolgt.

Dazu erfolgte eine Sichtung der zu Stromschulden/-sperren und Zwangsräumungen passenden Angebote, um eine Übersicht zu gewinnen. Gleichzeitig wurden Träger und Einrichtungen gebeten, ihr Angebot im Bezirk vorzustellen.

So erfolgte u.a. Ende Februar 2022 die Vorstellung der Angebote der Verbraucherzentrale Berlin e.V. zum Thema Mietschulden in digitaler Form.

N. Zivkovic

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Anlage

Senatsverwaltung für  
Integration, Arbeit und Soziales



Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und  
Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf  
z.H. Frau Bezirksstadträtin Nadja Zivkovic  
12591 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)

Pers. Ref.

Bearbeiterin / Bearbeiter

Stefan Gerbing

Zimmer: 2119

Tel. +49 30 9028 1133

Oranienstr. 106, 10969 Berlin

21. März 2022

Ihr Schreiben vom 21.02.2022

POSTEINGANG Büro BzStRin Soz					
25. März 2022					
Ref	Sekr	Soz L	Soz	SGBII/	
WV					
DB AL	DB Büro	BVV	BA	TV	z. T.

Sehr geehrte Frau Bezirksstadträtin Zivkovic,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die damit verbundene Bitte an den Senat, sich für die Verhinderung von Zwangsräumungen und Stromsperren einzusetzen. Ich teile und unterstütze dieses Anliegen ausdrücklich.

Die Staatssekretärin für Integration und Soziales meines Hauses, Wenke Christoph, hat sich bereits im Februar mit einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Justiz gewendet um zu beraten, welche Möglichkeiten einer Aussetzung von Räumungsvollstreckungen möglich sind.

Vollkommen zu Recht weist der von Ihnen übermittelte Antrag auf das Problem von Energieschulden hin. Hier hat die den Senat tragende Koalition vereinbart, sich auf Bundesebene für die Übernahme von Energieschulden einzusetzen und einen Härtefallfonds zu prüfen.

Dienstgebäude: Oranienstraße 106, 10969 Berlin; ♿ barrierefreier Zugang der Kategorie D

E-Mail: [Stefan.Gerbing@senias.berlin.de](mailto:Stefan.Gerbing@senias.berlin.de) (elektronische Zugangsöffnung gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG)

Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur bitte ausschließlich an: [post@senias.berlin.de](mailto:post@senias.berlin.de)

Internet: [www.berlin.de/sen/ias](http://www.berlin.de/sen/ias)

Verkehrsankündigung: U8 Moritzplatz und Bus M29; U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg);

U6 Kochstr.; Bus M29, 248; S1/S2/S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29;

Postbank Berlin: DE 47 100 100 100 000 058 100

Berliner Sparkasse: DE 25 100 500 000 990 007 600

Deutsche Bundesbank: DE 53 100 000 000 010 001 520

Der Senat wird zur Vermeidung von Energiearmut u.a. über Vereinbarungen mit den Grundversorgern und Netzbetreibern die Einhaltung der Härtefallregelungen sicherstellen. Der Senat wird im Rahmen der Neuformierung der Stadtwerke prüfen, ob, wie und wann Sozialtarife eingeführt werden können. Darüber hinaus werden wir die Energiesparberatungen ausbauen und einkommensschwache Haushalte bei der Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte stärker unterstützen.

Ich freue mich sehr auf die gemeinsame Arbeit an diesen Themen und freue mich immer über Unterstützung und Anregungen.

Freundliche Grüße

1. x	VI	30	M/3	60	60

Katja Kipping